

jung. sozialistisch.

Der Newsletter der Jusos in der SPD Dresden Ausgabe 07/11

Vorwort

von Benjamin Kümmig



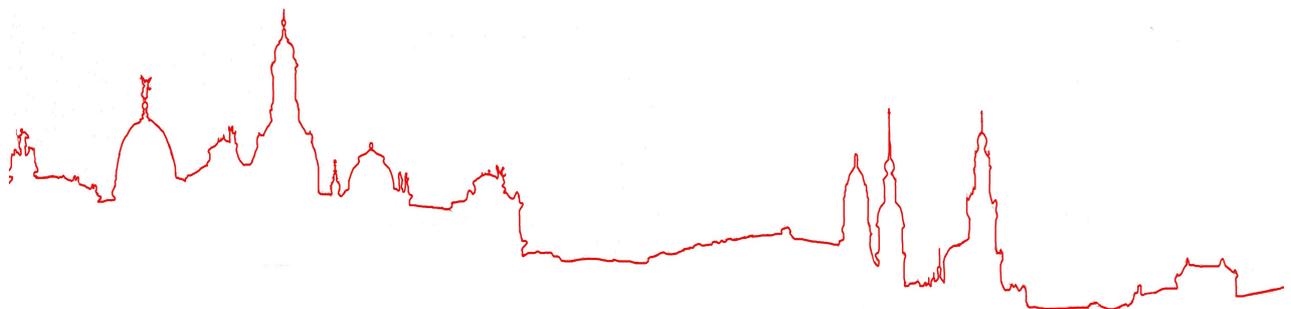
Liebe Jusos,
die erste von zwei jährlichen

Unterbezirkskonferenzen in diesem Jahr liegt hinter uns. Über viele spannende inhaltliche Anträge und über die personellen Entwicklung der Dresdner Jusos diskutierten 40 GenossInnen. Im Jugendhaus des Roten Baum e.V. wurden gemütliche und inhaltsreiche 7 Stunden verbracht. Bewusst hatten wir uns für diese Location entschieden,

war doch der Verein vom massiven vorgehen der Polizei am 19. Februar betroffen und muss sich bis heute gegen Verschwörungstheorien von CDU und FDP wehren, die dem Verein die Förderung streichen wollen. Auch der erste inhaltliche Part an diesem Tage beschäftigte sich mit dem Thema. Eine Resolution zum aktuellen sächsischen Datenskandal wurde mit großer Zustimmung verabschiedet. So fordern wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und den Rücktritt von Innenminister Ulbig und Landespolizeipräsident Merbitz. Die Palette der Anträge reichte von der Ablehnung des weiteren Ausbaus der Elbe als Schifffahrtsstraße, über eine Oberstufenreformreform, barrierefreie Parteitage und öffentliche Gebäude, den ÖPNV in Dresden bis hin zu integrationspolitischen Themen. So wurden knapp 20 Anträge beschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort
2	MV
3	Die Arbeitskreise
8	Die Juso-Hochschulgruppe
9	Unterbezirkskonferenz
19	Neues aus dem Landesverband
26	Leser_innenbriefe
33	Aktionsaufruf
34	Aktionsbericht
38	Termine
38	Redaktion



Unter den Augen vieler Gäste aus dem Landesverband, so unter anderem der Landesvorsitzende und sein Stellvertreter, VertreterInnen anderer Unterbezirke und Landesvorstandsmitglieder, wurden auch personelle Entscheidungen getroffen.

Für den nächsten Landesvorstand nominiert sind Caroline Hühn und Stefan Kowanda, für die Bundeskongress-Delegation der Jusos Sachsen Maher Arzouni, Caroline Hühn, Franziska Wende, Hannah Gilles, Karin Luttmann und Benjamin Kümmig. Außerdem haben wir unsere 18köpfige Delegation zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz gewählt. Weitere Berichte über die UBK lest ihr in diesem Newsletter! Ein großer Dank an dieser Stelle noch einmal an unser Präsidium Katja Schittko, Sebastian Bothe und Olaf Walther!

Ben

MV

von Maher Arzouni



Am 22.6. fand die Mitgliederversammlung für Juni statt, die über die geplante MigrantInnenquote in der Bundespartei handelte, sowie der allgemeinen Lage von MigrantInnen in

Dresden. Moritz Neugebauer moderierte die MV, während unser Stadtrat Richard Kaniewski und ich, über die beiden Themen referierten. Die MV war gut besucht und der Diskussionsrahmen reichte von, „Wann hat man einen Migrationshintergrund?“, bis zur geplanten Einrichtung des neuen Übergangwohnheimes in Dresden-Pieschen.

Bezüglich der MigrantInnenquote entstand in der MV ein gewisser Konsens, nach dem das Pro und Kontra einer solchen Quote behandelt wurde. Der Konsens lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Auch Menschen mit Migrationshintergrund sollen gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft werden, dazu bedarf es auch einer Quotenregelung für Menschen mit Migrationshintergrund. Eine MigrantInnenquote, wie etwa der Vorschlag des SPD-Bundesvorstands, dass 15% aller Gremiumsmitglieder einen Migrationshintergrund haben sollen, darf aber nicht als starre Einheit betrachtet werden.



Vielmehr muss die MigrantInnenquote als ein Ausgangspunkt für ein Gesamtkonzept einer Gleichstellungs- und Partizipationspolitik bezüglich von Menschen mit Migrationshintergrund verstanden werden. Sie, die MigrantInnenquote, darf auch nicht allzu starr angewendet werden, sondern sollte den gegebenen Umständen, etwa der migrantischen Struktur innerhalb der Jusos, angepasst werden.

Das Meinungsbild der MV hinsichtlich des geplanten Übergangwohnheimes in Dresden-Pieschen, kann man als ein „Ja, aber...“ bezeichnen, was ich gerne erläutern möchte. Da das neue Wohnheim im Zuge der Aufstände in Nordafrika eingerichtet wird, verstehen wir es als eine Notmaßnahme, um zum einen den Menschen zu helfen, die auf der Flucht sind, zum anderen um eine weitere Überfüllung der bestehenden Wohnheime für AsylbewerberInnen zu verhindern. Dennoch wird gefordert, dass die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden, weil dies die würdevollere Lösung darstellt.

Die Arbeitskreise

AK Kommunales - "Kultur? - Wofür denn das?"

von Stefan Engel

Diese Frage stellen sich sehr viele Menschen auf dieser Welt, doch der AK Kommunales hat sich damit nicht einfach abgefunden, sondern wir haben uns Wilm Heinrich, kulturpolitischer Sprecher der Stadtratsfraktion, in unsere letzte Sitzung geholt.



Das Thema Kultur wird in Dresden, einer Stadt, die sich mehr oder weniger berechtigt als Kulturstadt versteht, unter den verschiedensten Gesichtspunkten diskutiert. Da muss man natürlich erst mal sagen, dass sich Dresden das Ressort Kultur einiges kosten lässt. In kaum einer anderen Stadt wird, gemessen am Gesamthaushalt, so viel Geld in die Kultur gesteckt. Was man aber mit dem ganzen Geld dann macht, ist natürlich die mit Abstand spannendste Frage...

Kultur sollte möglichst viele Menschen bedienen und ihr Leben dadurch ein Stück schöner machen. Dem gegenüber steht dann aber manchmal ein gewisser künstlerischer Anspruch, der mit wachsender Massenkompabilität durchaus schwinden kann.



Darum dreht sich im Kern auch die Diskussion um den Kulturpalast: Erbaut wurde dieser in den 60er-Jahren als multifunktionale Stadthalle, die sich mit ihren etwa 2400 Plätzen und ihrem Aufbau sehr gut für allerlei Unterhaltungsveranstaltungen eignet. Die große Mehrzahl der Gäste besucht auch solche Veranstaltungen.

Dem gegenüber steht aber die Dresdner Philharmonie mit ihrem hohen musikalischen Anspruch. Dem wird der Kulturpalast bisher nur sehr bedingt gerecht, denn die Akustik soll sehr verbesserungswürdig sein.

Nun hat sich im Dresdner Stadtrat eine breite Koalition von der FDP über die CDU bis zu den Grünen gefunden (natürlich ohne uns und die Linke...), die diesen „Missstand“ beseitigen will. Der Kulturpalast soll praktisch komplett entkernt und ein moderner Konzertsaal werden. Es würden nicht nur etwa 800 Plätze wegfallen, sondern der Saal wäre für die meisten bisher stattfindenden Veranstaltungen nicht mehr nutzbar, denn Platz für viel Bühnentechnik soll nicht mehr da sein. Es entstünde also ein maßgeschneiderter Saal für die Philharmonie, der aber deutlich unwirtschaftlicher (2400 volle Plätze bringen mehr Geld als 1600...) und schlechter ausgelastet wäre. Sprich: für die meisten DresdnerInnen ergeben sich daraus nur Nachteile. Freuen dürfen sich die Philharmonie-DauerkartenbesitzerInnen in den Reihen der CDU. Der „Pöbel“ darf dann zur Messe fahren und sich des wunderschönen Ambientes der Messehalle erfreuen...

Eine Alternative wäre natürlich den Kulturpalast im Bestand zu sanieren, wie es auch von unserer Fraktion vorgeschlagen wurde. Das würde nicht nur weniger kosten und weniger böse Überraschungen (Kostensteigerungen) bieten, vielmehr bliebe der Palast wirtschaftlich und auch das gemeine Volk käme noch in den Genuss dieses Gebäudes. Im Übrigen ließe sich auch bei einer Sanierung die Akustik merklich verbessern.

Ganz interessant ist im Übrigen die Tatsache, dass jede Karte der Philharmonie mit etwa 100 Euro subventioniert wird, das Ballett oder die Schlagersängerin hingegen müssen mindestens kostendeckend arbeiten.

Kultur muss gefördert werden, das ist aus sozialdemokratischer Sicht unzweifelhaft, doch wo liegen da die Grenzen? Karten beim Theater der Jungen Generation werden auch mit etwa 100€ pro Stück gefördert, doch sind 300€, wie man im Festspielhaus Hellerau zuschießen muss, noch vertretbar?

Fernab all dieser schwierigen Fragen gibt es natürlich Punkte über die sich auch ein SPD-Kulturpolitiker wie Wilm freuen kann. Dazu gehört sicherlich,



Kulturkraftwerk Mitte durchgesetzt hat. Zusammen mit der Bürgerfraktion, den Grünen und der Linken gelang es, das alte Heizkraftwerk Mitte in der Wilsdruffer Vorstadt als Standort für die Operette und das TJG festzulegen. Doch dabei soll es nicht bleiben. Schon viele private Investoren aus der Kunst- und Medienbranche haben ihre Unterstützung zugesagt und wollen die Räumlichkeiten ebenfalls nutzen. Das könnte dem ganzen, im Moment noch sehr verschlafenen, Viertel westlich der Innenstadt einen neuen Schub geben.

Vergessen sollte man aber auch nicht, dass in dieser Stadt nicht nur Profis Kultur machen wollen und können, auch viele kleine soziokulturelle Vereine leisten da ihren Beitrag. Sie nehmen aktuelle kulturelle Trends auf und sorgen für eine lebendige Stadt. Deswegen verdienen sie Förderung von staatlicher Seite, auch wenn das nicht immer so einfach ist. Förderanträge zu schreiben ist nicht jedermanns Sache und deswegen ist es laut Wilm auch sehr dringend hier über Vereinfachungen und eine bessere Hilfestellung nachzudenken. Denkbar wäre zum Beispiel zunächst kleine Summen als Risikokapital auszugeben und den KünstlerInnen ein Stück weit Vertrauen entgegenzubringen. Umsetzbar ist so etwas im (noch) konservativen Dresden leider nicht...

Genug der Kultur, ich hoffe euch beim nächsten AK Kommunales zu sehen. Mal schauen, welches Thema wir demnächst aufgreifen. Wird sicherlich wieder sehr interessant!

stefan.engel.dd@googlemail.com

AK Netzpolitik - Die Jusos könne auch Netzpolitik!

von Mathias Rudolph

Die wilden Irrfahrten der Partei zum Thema Netzpolitik müssen ein Ende haben. Wir wollen keine Vorratsdatenspeicherung, keine Netzsperrungen und keine Leistungsschutzrecht. Politiker die keine Ahnung von der Materie haben entscheiden über unserer Themen und sie entscheiden falsch. Unsere Freiheiten werden gestrichen, wegen dem Wehklagen stinkreicher industrieller Inhaltsanbietern oder diffuser haltloser Bedrohungen und Ängsten. Wir wollen das nicht länger hinnehmen.



Wir wollen Kompetenz in unsere Partei tragen, wir wollen die politische Linie in Sachens Netzpolitik mitbestimmen. Dafür werden wir arbeiten und kämpfen. Wir wollen aber auch die Bürger_Innen aufklären, mit ihnen diskutieren und uns ihre Fragen stellen. Denn nur mit mehr Aufklärung in der Öffentlichkeit, wenn die, aus Unkenntnis entstanden, Ängste abgebaut werden, können Debatten, zum Beispiel über Netzsperrern, auch sachlich geführt werden. Das sind hehre Ziele und wir wollen sie umsetzen. Wenn ihr euch vorstellen könnt an unseren Zielen mitzuwirken, dann schaut vorbei bei unserem Projektierungstreffen.

Wann? Mittwoch, 6.7.2011, ab 19 Uhr

Wo? Herbert-Wehner-Bildungswerk auf der Kamenzer Straße 12

Infos? <http://aknetz.mathiasrudolph.de>

AK Internationales und Integration

von Moritz Paul Neugebauer

In der ersten gemeinsamen Sitzung der Arbeitskreise Integration und Internationales haben uns wir uns am 15. Juni den aktuellen, verstärkten Fluchtbewegungen aus Nordafrika nach Europa von zwei Seiten genähert: Zum Einen haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie diese Migrationsströme unsere europäische Sicht auf Migration und Integration beeinflussen und inwiefern die aktuelle Politik in diesem Bereich zu korrigieren ist. Zum Anderen kam zur Sprache, wie die Stadt Dresden auf diese Entwicklung reagiert hat.

In einer angeregten Runde haben wir ganz grundsätzliche Fragen der Migrationspolitik (bzw. immer noch Anti-Migrationspolitik) der EU und der europäischen Staaten, wie etwa die technische und finanzielle Unterstützung für die menschenunwürdige Flüchtlingspolitik nordafrikanischer Despoten, ebenso diskutiert wie konkrete Maßnahmen zur erleichterten Visavergabe an die Bevölkerungen nordafrikanischer Staaten und zur Bekämpfung von Fluchtursachen. Die Ausdehnung des Erasmus-Raumes für Auslandsaufenthalte im Rahmen des Studiums oder ein europäisches Ausbildungs- und Mentoringprogramm für Auszubildende aus nordafrikanischen Ländern könnten hier gute Ansatzpunkte darstellen.



Wie die Stadt mit dem erwarteten Anstieg der Zahl von AsylbewerberInnen, die nach Dresden kommen, umgeht, haben wir anhand des neuen Asylbewerberheimes in Pieschen beleuchtet.

Jenseits der thematischen Debatten gab es in einem Punkt keine Uneinigkeit, wie zukunftsweisendes Handeln konkret aussieht. ;) Ohne Gegenstimmen haben wir Robert Kluge zum neuen Sprecher des Arbeitskreises Internationales bestimmt, sodass der AK auch in der zweiten Jahreshälfte in guten Händen liegt. Wer sich mit einzelnen Themenvorschlägen, Wünschen bezüglich bestimmten ReferentInnen oder in der Sitzungsvorbereitung einbringen möchte, kann das weiterhin sehr gern tun!

Mehr als der 13. Februar - der AK AntiRa plant

von Olaf Walther



In letzter Zeit lief der AK AntiRa leider nicht so gut, wie es wahrscheinlich erwartet wurde und wie wir es selbst erwartet haben. Daher wollen wir gemeinsam mit Euch die Planung

für das nächste halbe Jahr festziehen und die Ausrichtung des Arbeitskreises auf den Prüfstand stellen. Hierzu werden wir uns nach der Sommerpause am 30. August, 18.30 Uhr wahrscheinlich in der Genossenschaft zu einem Koordinierungs- und Planungstreffen einfinden. Unter anderem planen wir auch "aktionistischere" Treffen und ein klein wenig Referent_innen-"Prominenz".

Auch wenn es in Dresden nicht einfach ist und wir dieses Thema sicher nicht umgehen werden, so ist doch der 13. Februar nur ein Teil des Themenbereiches. Also lasst uns wissen, was für Euch wichtig an der AntiRa-Arbeit ist, was Euch täglich bewegt oder wozu Ihr gern mehr wissen wollt.

Ab September werden wir dann wieder im regelmäßigen Turnus (jeweils der zweite Dienstag im Monat) fortfahren und das Erarbeitete umsetzen. Hierzu folgen aber natürlich noch einige Einladungen über diverse Verteiler. Wer sich ebenfalls am AK AntiRa beteiligen will oder vielleicht nur auf dem Laufenden gehalten werden möchte, kann sich per E-Mail an pmueller1993@gmx.de in den AK-Verteiler eintragen lassen oder einfach am 30.8. zum Treffen erscheinen.



AK WiSo

von *Caroline Hühn*

Da wir Euch auf UB-Ebene gerade keinen AK Wirtschaft und Soziales anbieten können, findet ihr unter "Neues aus dem Landesverband" die Infos von der Landesebene.

Die Juso-Hochschulgruppe

Aufgeschoben ist nicht Aufgehoben

von *Benjamin Bark*



Der Juni sollte für die Hochschulgruppe eigentlich mit einem Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung der politischen Hochschulgruppen beginnen. Eingeladen war damals Cordula Drautz, Mitglied im Juso-Bundesvorstand und im Präsidium der IUSY, der internationalen Dachorganisation sozialistischer Jugendverbände, zu der auch die Jusos gehören. Sprechen sollte Cordula zum Thema „Arbeit in der Globalisierung“. Leider ereilte sie am Tag des Vortrags eine Krankheit, so dass der Vortrag nicht gehalten werden konnte. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Wir versuchen, einen Ersatztermin zu finden, so dass die Veranstaltung hoffentlich im Juli nachgeholt werden kann.

Der zweite wichtige Termin für uns war unser Treffen am 21. Juni. Holger Mann, Landtagsabgeordneter und hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, sowie ehemaliger Juso-Landesvorsitzender, besuchte uns in der Genossenschaft, um mit uns über die Hochschulentwicklungsplanung zu diskutieren. Es sind über 20 Menschen gekommen, die meisten davon Externe wie Mitglieder des akademischen Mittelbaus, der Hochschulverwaltungen und der Studierendenvertretungen. Für die Hochschulgruppe war es ein schöner Erfolg, dass sie alle der Einladung zu dieser interessanten Veranstaltung gefolgt sind.

So stellte sich heraus, dass mit der Planung der Staatsregierung, 3 Wissenschaftsräume (Dresden, Leipzig und Chemnitz) einzurichten, zwar hochtrabende Ziele verbunden sind, es aber nicht wirklich klar ist, wie daraus eine tatsächliche Verbesserung von Forschung und Lehre entstehen soll. So lässt sich der Verdacht nicht ganz von der Hand weisen, dass mit der Schließung und Konzentrierung von Einrichtungen lediglich weitere



Einsparungen bei Verwaltungs- und anderen Bildungsausgaben betrieben werden, es sich hier also um Mängelverwaltung handelt, während der viel wichtigere Punkt der Synergieerzeugung zwischen den sächsischen Hochschulen noch nicht wirklich konzeptionell ausgearbeitet ist. Die Juso-Hochschulgruppen werden diesen Prozess jedenfalls weiterhin kritisch begleiten.

Eine wichtige Entwicklung war die Entfernung der Plaketten am „Otto-Beisheim-Saal“ Ein Zitat von der [Website des StuRa](#):

„Ende letzter Woche wurden die beiden Plaketten, die den Festsaal der Fakultät Wirtschaftswissenschaften 17 Jahre lang als Otto-Beisheim-Saal auswiesen, offiziell, aber ohne großes Aufsehen entfernt. Otto Beisheim war langjähriges Mitglied der Waffen-SS und schweigt bis heute beharrlich zu seiner Vergangenheit.“

Die Uni-Verwaltung hat sich lange um diese Entscheidung herum gedrückt, ein wiederholtes Nachbohren des Referats politische Bildung beim StuRa konnte nun aber eine Entfernung der Namensplaketten erreichen.

Unser nächstes Treffen wird turnusmäßig am 19. Juli stattfinden. Wir wollen mit einem Grillen das Semester ausklingen lassen. Eine Einladung wird euch rechtzeitig erreichen.

Unterbezirkskonferenz

Delegierte für die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen:

Benjamin Kümmig
Caroline Hühn
Franziska Wende
Hannah Gilles
Henriette Winkler
Juliane Nöldner
Karin Luttmann
Lisa Precht
Marc Dietzschkau

Mathias Rudolph
Matti Drechsel
Olaf Walther
Richard Kaniewski
Robert Schmock
Sebastian Storz
Stefan Engel
Stefan Kowanda
Vincent Drews



LaVo-Nominierte:

Caroline Hühn, Stefan Kowanda

BuKo-Nominierte:

Benjamin Kümmig, Caroline Hühn, Franziska Wende, Hannah Gilles, Karin Luttmann (als Nachrückerin), Maher Arzhouni

Beschlossen:

Resolution "Keinen Schritt weiter! - Polizeiwillkür Riegel verschieben! - CDU-Hardliner stoppen!" (Benjamin Kümmig)

R1 "Resolution Inklusion" (Hannah Gilles)

A4 "Inklusion vorleben - Barrierefreie und behindertengerechte BürgerInnenbüros einrichten" (Sebastian Storz)

A5 "Barrierefreie und behindertengerechte Parteitage und Juso Bundeskongresse" (Sebastian Storz)

A1 "Antrag zum geplanten Übergangwohnheim für AsylbewerberInnen/Flüchtlinge in Dresden-Pieschen" (AK Internationales, AK Integration - Moritz Paul Neugebauer, Maher Arzhouni)

A2 "Öffentlichen Verkehr in Sachsen nachhaltig stärken" (Stefan Engel)

A3 "Elbdampfer ja! - Frachtkanal nein!" (Stefan Engel)

A6 "Basisdemokratie herstellen" (Hannah Gilles)

A12 "Seniorpartners in Schools e.V. (SiS) erhalten - Ehrenamtliche Senior_innen-Arbeit an Schulen fördern" (Hannah Gilles)

A8 "Verpflichtung von ZugangsanbieterInnen zur Zwangstrennung und dynamischen Vergabe von IP-Adressen bei privaten NutzerInnen" (Mathias Rudolph)

A10 "Wie lange darf in Deutschland noch korrumpiert werden? - UN-Konvention gegen Korruption endlich ratifizieren" (Stefan Kowanda)

A11 "Antrag zur EU-Flüchtlingspolitik" (AK Internationales, AK Integration - Moritz Paul Neugebauer, Maher Arzhouni)



A13 "Oberstufenreformreform" (Hannah Gilles)

A14 "Leitungswasser für das Dresdner Rathaus und den Sächsischen Landtag" (Franziska Wende)

A15 "Privatisierung kommunaler Krankenhäuser verhindern" (Caroline Hühn)

A16 "Konzept der Gemeinschaftsschule erhalten" (Caroline Hühn)

A17 "Verbesserung der Kommunikation bei den Jusos Sachsen" (UBV)

A18 "Arbeitsfähigkeit sichern - Legislatur verkürzen" (UBV)

Überwiesen an den Vorstand:

A7 "Antrag für eine MigrantInnenquote im Vorstand des UB's Jusos Dresden - Satzungsänderung" (Maher Arzouni)

Überwiesen an den noch nicht gegründeten AK Netzpolitik:

A9 "Sachsen braucht ein Informationsfreiheitsgesetz" (Christoph Lüdecke)

Bericht UBK Dresden

von Tino Bucksch

In guter Tradition ihre Unterbezirkskonferenz bei Bündnispartner_innen zu veranstalten, trafen sich die Jusos Dresden dieses Jahr im Roten Baum, nachdem die UBK die letzten Jahre in der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand. Ziel war es, Solidarität mit dem Bündnispartner zu zeigen, der von anderen ungerechtfertigt in eine Schublade mit Kriminellen gesteckt wird und im Nachgang zu den erfolgreichen Anti-Nazi-Demonstrationen am 13. und 19. Februar ohne tragfähigen Anlass die volle Härte des Rechtsstaates zu spüren bekam.

Im Kontext der Arbeit gegen Rechtsextremismus stand auch der erste zu beschließende Antrag – eine Resolution zum Datenskandal der sächsischen Polizei, die am 19. Februar, so der aktuelle Kenntnisstand, Millionen von Handydaten der Bürgerinnen und Bürgern, die in Dresden unterwegs waren, gesammelt hat. Die Jusos Dresden sprachen sich



eindeutig gegen dieses Vorgehen aus und forderten die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses, welchem alle Daten für die Dauer der Nachforschungen zugänglich gemacht werden sollen. Im Anschluss, so der Antrag weiter, sollen selbstverständlich alle Daten unwiderruflich gelöscht werden.

Aber nicht nur dieses wichtige Thema stand auf der Agenda der Dresdner Jusos. Auch die aktuelle Debatte um die Frage nach dem richtigen inklusiven Schulmodell, die Ausbaupläne der Elbe, die Wertigkeit von Leitungswasser sowie einige Vorschläge zur Umstrukturierung der Arbeit auf Landes- und Bundesebene beschäftigten die knapp 30 Stimmberechtigten.

Neben den zahlreichen inhaltlichen Debatten wurden auch wichtige personelle Entscheidungen getroffen: So nominierten die Jusos Dresden neben ihren WunschkandidatInnen für den neuen Landesvorstand auch KandidatInnen für die Bundeskonferenz und wählten ihre LDK-Delegierten.

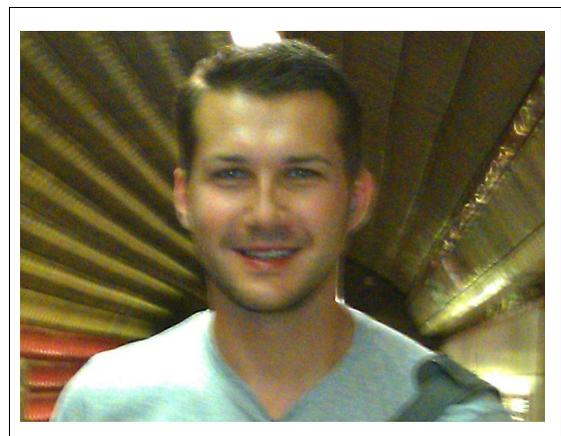
Abschließend kann festgehalten werden, dass diese Unterbezirkskonferenz eine diskussionsfreudige Veranstaltung war, die verschiedene gute Impulse für die Arbeit im Unterbezirk Dresden und im Landesverband gesetzt hat. Dass die Jusos Dresden auch auf Landesebene gemeinsam mit dem Landesvorstand aktiv sind, lässt sich an der jüngsten gemeinsamen Pressemitteilung der Jusos Dresden, der Jusos Sachsen und der Jusos im Bund zum Thema 19. Februar sehen.

Die erwähnte Pressemitteilung findet ihr hier : <http://www.jusos.de/aktuell/pressemitteilung/2011/06/28/dresdner-datenskandal-missbrauch-auf-vorrat>.

UBK in Dresden - spannende Diskussionen im Roten Baum

von Sebastian Bothe

Am vergangenen Sonntag (26.06.) trat ich von Markkleeberg aus den Weg in die Landeshauptstadt Dresden an. Ziel war die erste Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden in 2011. Ich wurde für das Präsidium angefragt und habe gern zugesagt – aufgeregt war ich aber schon etwas.



Gemeinsam mit den Leipziger GenossInnen Tino Bucksch, Salome Adam und Katharina Schenk (auf der Rückfahrt noch Jan Freundorfer) teilte ich mir ein Auto, da die Bahnverbindungen ungünstiger geworden sind (die Kürzungen im ÖPNV sind jetzt spürbar angekommen...). Auf der Fahrt studierte ich das Antragsbuch und stellte fest: „Mensch, das ist ja richtig voll und richtig gut.“ Respekt! Und die folgenden Debatten sollten halten, was die Vielzahl der guten Anträge versprach. Einige davon werden nun auch auf der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) im September in Pirna behandelt.

Doch bevor die eigentlichen Anträge beraten wurden, diskutierten die Dresdner Jusos über eine Resolution zum Thema Funkzellenauswertung anlässlich des 19. Februar, bei der über eine Millionen Handydaten gespeichert worden sind. Die Resolution stellt nicht nur einen bloßen Protest dar, sondern sie geht noch ein paar Schritte weiter: es wird der Rücktritt von Innenminister Markus Ulbig und Polizeipräsident Bernd Merbitz gefordert.

Danach folgte eine zweite Resolution zur Inklusion, wobei auch diskutiert wurde, sie als Antrag zu behandeln. Unabhängig ihres Charakters war sie die sowohl qualitativ als auch quantitativ umfassendste Beschlussvorlage. Neben der inklusiven Schule wurden einige Verbesserungsmöglichkeiten für den Alltag von Menschen mit Behinderung vorgeschlagen und daran erinnert, dass Inklusion zuallererst auch verbandsintern beginnen sollte. Ähnliche intendiert waren zwei weitere Anträge zum Thema Inklusion: barrierefreie BürgerInnenbüros und barrierefreie Parteitage.

Den ganzen Nachmittag über folgten weitere fast 20 Anträge zu einem breiten Themenspektrum: vom geplanten Übergangwohnheim für AsylbewerberInnen, über die Frage, ob Elbdampfer auf die Elbe gehören, bis hin zu einer Oberstufenreformreform und der Forderung nach Leitungswasser auf Veranstaltungen des Dresdner Rathauses und des Sächsischen Landtages.

Besonders stark und kontrovers diskutiert wurde die Frage, wie wir auf Bundesebene mehr Basisdemokratie erreichen können, weil einige an den Bundeskongress (BuKo) weitergeleitete Anträge gar nicht behandelt werden und auch im Nachhinein irgendwo versanden. Hier gingen die Meinungen weit auseinander, doch letztlich wurde ein guter Kompromiss gefunden, der die Antragsreihung betrifft.

Zwei weitere Anträge, die ganz zum Schluss diskutiert worden sind, werden ebenfalls Gegenstand der LDK sein: weitere Kooptierungen in den Landesvorstand sowie Verkürzung der Legislatur auf ein Jahr. Auf die spannenden Debatten dazu freue ich mich bereits jetzt schon. Generell lässt sich festhalten, dass die zur Weiterleitung bestimmten Anträge qualitativ sehr gut waren und auf der LDK ähnlich gut

diskutiert werden



dürften, wie auf der Dresdner UBK.

Diese befasste sich jedoch nicht nur mit Anträgen, nein es standen natürlich auch einige Wahlen an. Die spannenden Fragen waren: Wer wird als KandidatIn für die Wahl des neuen Landesvorstands nominiert und geht somit für Dresden ins Rennen? Wer darf für die BuKo-Delegation kandidieren und wer darf überhaupt als DelegierteR zur mittlerweile mehrfach erwähnten LDK nach Pirna fahren?

Musste für die Klärung der letzten Frage ein zweiter Wahlgang her – immerhin hat die Dresdner Delegation stattliche 18 Mandate (zum Vergleich: der Kreisverband Leipzig, zu welchem „mein“ Markkleeberg zählt, hat nur deren vier) – und ließen sich gleich sechs KandidatInnen aufstellen, die sich für die BuKo-Delegation wählen lassen möchten, so gab es lediglich zwei Nominierungen für den neuen Landesvorstand: Caroline Hühn und Stefan Kowanda. Beide meisterten diese erste Hürde und dürfen sich dem Dresdner Rückhalt mehrheitlich gewiss sein. Herzlich Glückwunsch dafür! Diese Glückwünsche schicke ich selbstverständlich auch in Richtung der 18 Delegierten für die LDK und der sechs KandidatInnen für die Buko-Delegation. Glückwunsch euch allen!

Mein persönliches Fazit der UBK: es hat mir in einer für eine solche Konferenz ungewöhnliche Location – der Rote Baum mit vielen Sofas, Sesseln und Stühlen, die halbrund angeordnet waren – richtig viel Spaß auf dem Präsidium gemacht. Dazu haben neben den zeitweilig über 30 Anwesenden aber auch die beiden anderen Präsidiumsmitglieder Katja Schittko und Olaf Walther beigetragen. ;-) Ich komme jedenfalls gern wieder auf eine UBK zu euch nach Dresden, denn das hat gefetzt!

AK Netzpolitik erfolgreich vor der Gründung

von Mathias Rudolph



Zur Unterbezirkskonferenz (UBK) der Jusos Dresden konnte der AK Netzpolitik-in-spe bereits einen Erfolg verbuchen. Der Antrag zur "Verpflichtung der Internetzugangsanbietern zur Zwangstrennung" wurde einstimmig von den Versammelten angenommen und wird als nächstes bei der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen behandelt. Wir haben damit den ersten Schritt gemacht



Weg zu einem Gesetz, dass Internetzugangsanbieter_innen verpflichten soll, die Internetverbindung eines/einer Privatnutzers/-nutzerin alle 24 Stunden zu trennen und zusätzlich bei jedem Verbindungsaufbau eine zufällige IP-Adresse zu vergeben. Eine Praxis, die mit der aktuell laufenden Umstellung von IPv4 auf IPv6 abgeschafft werden könnte. Wir sehen hinter der Abschaffung dieser Praxis die Gefahr einer privatwirtschaftlichen Vorratsdatenspeicherung. Dennoch wollen wir auch berücksichtigen, dass es Nutzer_innen gibt, die sich bewusst gegen eine Zwangstrennung entscheiden wollen. So sieht unser Antrag die Option vor, sich von der Zwangstrennung befreien zu können. Außerdem wurde in der UBK ein Antrag zur Schaffung eines Sächsischen Informationsfreiheitsgesetz vorgebracht. Dem Antrag fehlten leider konkrete Ziele für die Umsetzung und so wurde er von den Delegierten an den AK Netzpolitik überwiesen. Wir werden uns bis zur nächsten UBK um eine Konkretisierung des Antrages bemühen und ihn dann erneut einbringen. Damit steht bereits ein wichtiges Thema fest, mit dem sich der AK Netzpolitik in einer der nächsten Sitzungen beschäftigen wird. Für mehr Informationen, schaut unter <http://aknetz.mathiasrudolph.de> vorbei.

Imperatives Mandat vs. Gewissensfreiheit - Eindrücke von der letzten UBK

von Andreas Meier

Die Diskussion um die Personalvorschläge für den Landesvorstand auf der UBK empfand ich notwendig und wichtig, da sie allen Anwesenden noch einmal das Für und Wider vor Augen führte, das mit den vorgeschlagenen Personen einhergeht. Trotz der Kontroversen um Stefans Bewerbung für einen Posten im Landesvorstand, fiel die Abstimmung klar für ihn aus und ich betrachte es als ein wichtiges Stück von (auch in der Diskussion angemahnter) Pluralität, dass wir Caro und Stefan jetzt kritisch auf ihrem weiteren Weg in den Landesvorstand unterstützen und ihnen für den Fall ihrer Wahl auf der LDK helfen, ihre Amtszeit erfolgreich zu gestalten.

In der Diskussion mit den Nominierten wurde das Problem des freien Mandates in Gremien, in die man über ein „Juso-Ticket“ gelangt ist, angesprochen. Der Verweis darauf, dass es kein imperatives Mandat gibt, ist absolut richtig. Jede Entscheidung unterliegt dem freien Gewissen der Mandatsträger_innen und es gehört eine gehörige Portion Standfestigkeit und politischer Beharrlichkeit dazu, sich trotz einigen Kontroversen der



Vergangenheit solchen Diskussionen, wie auf der UBK, zu stellen. Es verdient unser aller Respekt und zeigt Eigenschaften, die für die Besetzung eines Postens im Landesvorstand sprechen.

Jedoch ist ein Mitglied des Landesvorstandes, das von der UBK der Jusos Dresden nominiert worden ist, diesem vorschlagenden Entscheidungsgremium auch nach der Nominierung (wenn auch nicht formal) verpflichtet. Demokratie hört nicht nach dem Wahlakt auf. Wenn ein Konflikt zwischen der Gewissensentscheidung und dem offensichtlichen Willen einer Mehrheit der aktiven Dresdner Jusos auftritt, besteht Rede- und wenn es gar nicht anders geht auch Streitbedarf **bevor** die Entscheidung ansteht. Problematische Gewissensentscheidungen sind zu respektieren, jedoch auch doppelt zu prüfen und besonders zu rechtfertigen. Ich bin optimistisch, dass die nominierten Jusos sich dieser Verantwortung bewusst sind. Ein solches Verfahren trägt auch zur besseren Kommunikation zwischen Unterbezirk und Landesverband bei. In diesem Sinne wünsche ich Caro und Stefan auf der LDK viel Erfolg.

UBK-Bericht

von Maher



Es hat sich einiges getan für den AK Integration. Zuerst gab es am 15.6. eine gemeinsame Sitzung mit dem AK Internationales, worauf Moritz Neugebauer in seinem Bericht unter der Rubrik Arbeitskreise näher eingegangen ist. Nur so viel, aus dieser Sitzung sind zwei Anträge für die Unterbezirkskonferenz am 26.06.11 hervorgegangen. Diese beiden Anträge handeln zum einen von der Flüchtlingspolitik der EU und der Einrichtung eines neuen Übergangwohnheims für AsylbewerberInnen/Flüchtlinge nächstes Jahr in Dresden-Pieschen. Der Antrag bezüglich der EU-Flüchtlingspolitik forderte in seiner ursprünglichen Form Folgendes:

1. Die Abschiebung/Rückführung von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen darf nicht die einzige Perspektive sein. Vielmehr soll die Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern in ihrem Aufnahmestaat ermöglicht werden.
2. Die Aufnahme der Flüchtlinge bedarf einer besseren und solidarischeren Verteilung



auf die EU-Staaten. Dazu soll ein klar definierter Verteilungsschlüssel erstellt werden, der sich an den Anteil an der EU-Gesamtbevölkerung der einzelnen EU-Staaten orientiert.

3. Eine ernsthafte und gerechte Wirtschaftspolitik/ -kooperation der EU gegenüber und mit Afrika bzw. einen offenen Warenhandel zwischen der EU und den afrikanischen Staaten.

Der Antrag wurde mit folgender Änderung für Punkt 2 angenommen:

- AsylbewerberInnen/Flüchtlinge haben das Recht in einem EU-Staat ihrer Wahl untergebracht werden. EU-Staaten, die sehr viele Flüchtlinge aufnehmen müssen, erhalten von den übrigen EU-Staaten Kompensationszahlungen.

Aus der MV am 22.6. ist auch ein Antrag für die UBK eingereicht worden. Hinsichtlich des Antrags haben die versammelten Mitglieder auf der UBK den Vorstand den Auftrag erteilt, dass er zusammen mit dem AK Integration einen Vorschlag für eine MigrantInnenquote erstellt, die den Mitgliedern bei der nächsten UBK (noch in diesem Jahr) zur Wahl gestellt wird.

Jusos Dresden beteiligen sich aktiv an der Neuausrichtung des Landesverbands

von Vincent Drews

Was ist besonders wichtig und gut an der Unterbezirkskonferenz der Jusos Dresden Ende Juni gewesen? Eine schwere Frage, da eigentlich alle getroffenen Entscheidungen wichtig sind, die UBK ist schließlich unser höchstes beschlussfassendes Gremium. Dennoch finde ich zwei der behandelten Anträge besonders erwähnenswert und für die zukünftige Arbeit zielführend - gemeint sind die Anträge A17 und A18. In beiden Fällen hieß der Antragsteller "Unterbezirksvorstand der Jusos Dresden" und beide Anträge hatten eine organisatorische Änderung der Arbeit der Jusos Sachsen im Sinn.



Unter der Überschrift "Verbesserung der Kommunikation bei den Jusos Sachsen" wurde eine Kooptierung aller Unterbezirks-, Kreisverbands- und Stadtverbandsvorsitzenden in den Landesvorstand der Jusos Sachsen und die Aufnahme der Leute in den E-Mail-



Verteiler des Landesvorstands gefordert. Eine sinnvolle Initiative, mit dem Ziel die Kommunikation im Landesverband zu verbessern. Auf diese Art und Weise können wir sicherstellen, dass alle Vorsitzenden in die Planung von großen Landesverbands-Veranstaltungen und in die aktuellen politischen Debatten auf Landesebene mit eingebunden sind. Damit schaffen wir Hürden ab, die der Kommunikation bisher im Weg standen. Sowohl die Weiterleitung der Informationen an den Landesausschuss, als auch die Unterrichtung der lokalen Vorstände durch Betreuungs-Landesvorstandsmitglieder waren in der Vergangenheit zusätzliche Arbeitsschritte, die nicht von allen gemacht wurden und somit zum viel beklagten Informationsverlust zwischen Landes- und lokaler Ebene beigetragen haben. Der Antrag wurde ungeändert mehrheitlich angenommen und wird daher von uns bei der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen im September gestellt werden - natürlich mit dem Ziel unsere Forderungen in die praktische Arbeit des Landesverbands umzusetzen!

Den gleichen Weg soll auch der zweite, hier besonders herausgehobene, Antrag gehen. "Arbeitsfähigkeit sichern - Legislatur verkürzen" lautete der Titel und das wird hoffentlich bald bei den Jusos Sachsen Programm. Inhalt des Antrags ist die Änderung der Richtlinien der Jusos Sachsen, um die Legislatur des Landesvorstands, von bisher zwei Jahren, auf ein Jahr zu verkürzen. Dieser Antrag ist der Situation geschuldet, dass junge Menschen inzwischen immer häufiger bereits nach drei Jahren den Ausbildungs- oder Arbeitsort wechseln. Sei es bei Studierenden auf Grund des 3-jährigen Bachelor oder bei Auszubildenden wegen der meist 3-jährigen Ausbildung. Wie die Rücktritte zweier Landesvorstandsmitglieder in der vergangenen Legislatur unter andem gezeigt haben, müssen sich auch die Jusos auf diese neue Situation einstellen. Auf Unterbezirksebene ist die einjährige Legislatur bereits ausreichend erprobt und hat sich bewährt. Außerdem erzeugt sie auch eine stärkere Rückkopplung des Landesvorstands an die Basis der Jusos Sachsen. Damit haben die jährlichen Rechenschaftsbericht eben nicht nur Berichtscharakter, sondern ermöglichen eine zeitnahe Diskussion, Bewertung und Neuausrichtung der Arbeit. Dabei wird aber niemand gehindert zwei, drei oder mehr Jahre gewähltes Mitglied im Landesvorstand zu sein, aber wir ermöglichen Menschen, die sich einbringen möchten, aber nicht auf Dauer in Sachsen sind, die Chance dies zum Wohle des Verbands zu tun! Bei der Abstimmung folgte die UBK auch diesem Antrag mehrheitlich und in ungeänderter Form.



Gratulieren möchte ich an dieser Stelle Caroline Hühn und Stefan Kowanda zu ihrer Nominierung zum Landesvorstand! Ich bin guter Dinge, dass sie ihren Zielen Taten folgen lassen und die Meinung der Jusos Dresden im Landesvorstand vertreten werden - sicherlich beginnend mit diesen beiden Beschlüssen.

Neues aus dem Landesverband

Gleichstellung? Verbandstag? "Oar neee, lasst mich doch damit in Ruhe"

von Marc Dietzschkau

Das mag sich der Eine oder die Andere wohl gedacht haben. Vergangene Verbandstage waren nun nicht gerade eine Erfolgsgeschichte. Woran das gelegen hat, darüber kann man sicher trefflich streiten.

Diesen Verbandstag allerdings kann man gut und gern als Erfolg bezeichnen. Ungefähr 40 interessierte Jusos und Gäste konnten in Chemnitzer "DAS tietz" mit durchaus hochkarätigen Gästen und Referent_innen diskutieren und sich ein Bild über aktuelle Entwicklungen in der Gleichstellungspolitik machen.



So wurden zunächst in drei Workshops "Rollenbilder in den Medien" (mit Prof. Dr. Ilse Nagelschmidt, Direktorin des Institutes für Frauen- und Geschlechterforschung Leipzig), "Inklusion im Bildungssystem" (mit Hanka Kliese, MdL, behindertenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion) und "Diskriminierung von Frauen in der Wirtschaft" (mit Heidi Becherer, SPD-Stadträtin in Chemnitz) diskutiert.

Im anschließenden Frauen- bzw. Männerplenum wurde mit Inge Wettig-Danielmeier (von manchen auch Inge Daniel-Wettigmeier genannt ;) , der ehemaligen Vorsitzenden der ASF, der "Feminismus in der Bundesrepublik & Feminismus heute" bzw. mit Gerd Eiserbeck, dem Vorsitzenden der Hertha- Junxx e.V. über "Homophobie im Fußball" gesprochen. Im Schlusspodium diskutierten wir mit Inge Wettig-Danielmeier und Eva Brackelmann (Mitglied im Bundesvorstand der ASF) den "Feminismus im Generationswechsel".



Insgesamt lässt sich sagen, dass sowohl Thema, Organisation und Programm, als auch die Beteiligung sehr gut waren. Man kann sich nur wünschen, dass die nächsten Veranstaltungen dieser Art ähnlich verlaufen.

Der Verbandstag

von Benjamin Bark



Am 11. Juni war es so weit: das zentrale Event des Gleichstellungsjahrs der Jusos Sachsen, der Verbandstag, fand statt. Geladen wurde dazu nach Chemnitz, in die „Stadt der Moderne“. So ähnlich sah dann auch unser Tagungsgebäude, das „Tietz“ aus: viel Glas und eine lockere Raumaufteilung vermittelten den Eindruck von Transparenz und hoben sich angenehm von den sonst üblichen, Sterilität und Steifheit vermittelnden Tagungsräumen der sächsischen SPD ab. Angenehm fiel auch die mit knapp 30 Genoss_innen (später sollten es noch ein paar mehr werden) im Vergleich zu vorherigen Landesverbandsveranstaltungen recht hohe Teilnehmer_innenzahl auf. Der Verbandstag ging also mit guten Vorzeichen an den Start.

Der erste Workshop, an dem ich teilnahm, war der von Frau Prof. Nagelschmidt, der Direktorin des Instituts für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Leipzig. Dabei sollte es um Rollenbilder in den Medien gehen.

Schnell wurde klar, dass es sich dabei nicht nur um die reine „Sex sells“ Problematik medialer Darstellungen drehen würde (beispielhaft angerissen etwa an den neuen Trikots der Fußballnationalmannschaft der Frauen zur WM, Marke „hauteng“), sondern dass sich an der Darstellung der Geschlechter, beziehungsweise deren zugeschriebene Rollen, sehr gut patriarchale Machtstrukturen in unserer Gesellschaft ablesen lassen, da sie dort in aller Öffentlichkeit und teilweise besonders krass widergespiegelt werden. Denn während bei Männern oft der Dreiklang „Manager-Macher-Muskelprotz“ im Vordergrund steht, hier eine Vorrangstellung also bereits antizipiert wird, kommen Frauen oft über die assistierende Rolle nicht hinaus (Mann baut Haus, Frau bringt die Blumenkästen an). Und wenn doch einmal erfolgreiche und selbstbewusste Frauen im medialen Fokus stehen, so wird zumindest stark auf die Einhaltung sonstiger Rollenklischees geachtet (Betonung des äußeren Erscheinungsbildes, Vereinbarkeit von Karriere und Familie). Sicher



sind auch diese Darstellungen in einem stetigen Wandel begriffen, aber ihr weiteres Vorhandensein (gerade in der Werbung) kann wohl kaum bestritten werden.

Am Ende kamen wir auf einen bunten Strauß von Maßnahmen, um der medialen Rollenfestschreibung zu begegnen. Von der ständigen Thematisierung der Missstände und dem Schaffen von Aufmerksamkeit (z.B. durch sog. Adbusting) bis hin zu Quotenregelungen im Medienbereich und sonstigen Gesetzen. Auch wenn man hier die „politischen“ nicht gegen die gesetzgeberischen Maßnahmen ausspielen sollte, so sind für mich erstere doch die wichtigeren.

Denn die beste Quotierung nützt kaum etwas, wenn Menschen (auch Frauen, hört hört!) offensichtlich nichts dabei finden, die „schönste WM aller Zeiten“ auszurufen, mit allen dazugehörigen, teilweise ins lächerliche abgleitenden Idealtypen und Normen.

Der zweite Part des Verbandstags bestand aus geschlechtergetrennten Plena. Ich werde folglich vom Männerplenum berichten. Vorneweg: Nach Männern und Frauen getrennte Plena als feste Veranstaltungsparts sind durchaus etwas Neues auf den Landesverbandsveranstaltungen der Jusos Sachsen, wobei hier unterschieden werden muss. Die reine Frauenrunde war diesmal tatsächlich eine Premiere. Leider kann man es im Gegenzug aber nicht als Selbstverständlichkeit ansehen, dass bei den Jusos in kleiner (männlich geprägter) Runde auch immer eine Frau dabei ist. Von daher war das „Männerplenum“ wohl kaum ein Kulturschock für mich.

Das Männerplenum drehte sich rund um das Thema Homophobie im Fußball (jaha: Mäners → Fußball! ;-). Eingeladen dafür war Gerd Eiserbeck, Vorsitzender der Hertha Junxx e.V., eines schwul-lesbischen Fanclubs von Hertha BSC Berlin. Gerd berichtete zunächst über seine Erfahrungen als Mitglied einer offen homosexuellen und antihomophob aktiven Fanvereinigung. Der Fanclub wird in geringem Maße finanziell und ideell von Hertha unterstützt und mit Querelen (etwa in Form gestohlener Transparente oder Beschimpfungen im Block) hatte er auch noch nicht zu kämpfen. Bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass sich die Message des Clubs auch und gerade an die eigene Fanszene und gegen die darin enthaltenen homophoben Tendenzen richtet. Man stelle sich vor, im K-Block von Dynamo Dresden würden sich auf einmal etwa ein gutes Dutzend Fans zu ihrer Homosexualität bekennen und Transparente gegen Schwulenhass aufhängen. Bei einer Ultraszene, bei der zum „witzigen“ Repertoire



Sprüche wie „Sexismus ist ein Fangesang, ihr Fotzen.“ gehören, kann man sich ungefähr vorstellen, wie es dort um Homophobie bestellt ist und was mit den offen homosexuellen Menschen passieren würde. Ganz zu schweigen von der Situation in manchem Dorfverein auf dem flachen Land, wo die Vereinzelung und der Anpassungsdruck noch stärker sind. Insgesamt lässt sich die Situation der Hertha Junxx also wohl nicht auf Sachsen übertragen.

Das größte Problem der Junxx ist wohl die geringe Anzahl aktiver Mitglieder (etwa 10-20 ständig aktive, wenn ich mich recht entsinne). Dabei kann man schon rein statistisch davon ausgehen, dass in einem Stadion, das mehrere 10.000 Menschen fasst, ein Paar mehr Menschen homosexuell leben. Und da sind wir schon bei der Crux: Es wird wohl von vielen Menschen doch nicht als so normal empfunden, sich zu seiner Homosexualität zu bekennen, wie wir uns das wahrscheinlich alle wünschen. Grabschen beim Torjubel ist noch erlaubt, aber sobald es den Fußball-Kontext verlässt und ins Private geht, sind Homo-Erotik und Homosexualität auf einmal pfui. Das geht so weit, dass diejenigen, die sich unter Umständen sogar bekennen würden, das Ende ihrer Profikarriere fürchten und dem Anpassungsdruck deshalb doch lieber nachgeben.

Diesem Problem ist wohl nur durch den Vorbildcharakter zu begegnen: Es müssten sich Spieler finden, die den Mut besitzen, den Kreis des Schweigens zu durchbrechen und an die Öffentlichkeit zu gehen. Am besten eine größere Gruppe in einer konzertierten Aktion mit den Medien. Es reicht auch, das nach dem Ende der eigenen Karriere zu tun; aber jedenfalls bekannte Spieler aus höheren Spielklassen müssen es sein.

Aber manmüsstemal, hätte-hätte-Fahrradkette: Der Mut, sich zu seiner Homosexualität zu bekennen, muss erstmal da sein. Und wenn er nicht da ist, muss er irgendwo herkommen. Letztlich eine Art Teufelskreis, die mich zumindest etwas ratlos zurück lies.

Tatsache ist: Fußball ist alles! Auch schwul! Und jeder Schritt, der diese Selbstverständlichkeit auch „normal“ werden lässt, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Insgesamt kann man dem Verbandstag wohl durchweg ein positives Zeugnis ausstellen. Die vielen Teilnehmer_innen motiviert, die Organisation gut, die Referent_innen kompetent und einbindend. Wenn ab jetzt jede Landesverbandsveranstaltung



würde, ob nun Verbandstag oder youngactionfactorywasauchimmer, dann wär's gut. Jetzt müssen wir aus dem gesammelten Wissen nur noch Konsequenzen ziehen und diese nach außen tragen, um die Gesellschaft bestenfalls ein Stück weit positiv zu verändern. Denn dafür machen wir den Quatsch doch die ganze Zeit, oder? ;-)

Young Action Factory - aller guten Dinge sind drei!

von Caroline Hühn

Am 9. Juli laden wir Euch ganz herzlich in die Landesgeschäftsstelle in Dresden, Könneritzstraße 3 ein. Ab 11 Uhr zelebrieren wir die dritte YAF, diesmal zum Thema Azubis und junge ArbeitnehmerInnen.



Wir wollen insbesondere über zwei Aspekte sprechen:

Zum Einen geht es um die Auswirkungen der Leiharbeit auf Azubis und junge ArbeitnehmerInnen:

Leistet Leiharbeit einen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit?
Was waren die Intentionen bei der Einführung und was ist schief gelaufen?
Wie kann man Leiharbeit begrenzen und den Unternehmen dennoch Flexibilität ermöglichen?

Welche Rolle spielt Leiharbeit gerade für junge ArbeitnehmerInnen? Kann sie beim Berufseinstieg helfen?

Wir freuen uns, für diese Fragen André Schnabel vom DGB Sachsen als Referenten gewonnen zu haben.

Weiterhin geht es uns um die Situation von Azubis: Wie zufrieden sind sie mit ihrer Ausbildung? Reicht die Vergütung? Wird der Arbeitsschutz stets beachtet? Erhalten sie die Wertschätzung, die sie verdienen, in den Unternehmen?

Für diesen Part steht uns Hans-Joachim Wunderlich, Hauptgeschäftsführer Industrie- und Handelskammer Chemnitz als kompetenter Gesprächspartner zur Verfügung. Außerdem wird er schwerpunktmäßig die Chancen und Risiken junger ArbeitnehmerInnen auf dem sächsischen Arbeitsmarkt analysieren.



Zusammen mit Thomas Jurk, (MdL und ehemaliger Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit in Sachsen) werden die Beiden zu Beginn auf unserem Podium vertreten sein und nach einem kurzen Input Eure Fragen beantworten.

Wir freuen uns auf eine spannende Diskussion mit Euch!

Dornröschen gesucht - die Frauen Quali-Reihe

Lieber selbst aufstehen als noch hundert Jahre warten.

Dornröschen gesucht

Die Frauen-Quali-Reihe der Jusos Sachsen

Wie lässt sich Engagement spannender gestalten?
Wie bringst du die Themen, die dich interessieren, so rüber, dass andere gerne mitmachen wollen?
Das kannst du lernen:
Hier besteht die Möglichkeit, kostenfreier Qualifizierungsseminare zu besuchen, die selbst sehr viel Geld kosten. Aber nicht nur das. Die Seminare ermöglichen dir Soft-Skills und Methoden zu erlernen, die dir auch über die Juso-Arbeit hinaus im Beruf, an der Uni und im Privaten weiterhelfen werden.
Die Teilnahme ist kostenfrei. Vollerpflegung, Übernachtungen und Kinderbetreuung sind inklusive.
Es werden Trainings in Rhetorik, Moderation, Präsentationsmethodik, Projektmanagement und Fundraising angeboten - aber auch politische Themen, Organisationsentwicklung und Umgang mit Sexismus können mit auf dem Programm stehen. Dies wird noch mit den TeilnehmerInnen gemeinsam ausgestaltet. Auf dem Anmeldeformular (gibt's ab Mitte Juni) auf der Homepage und beim Auftakttreffen am 31. August 2011.
Meldet euch bitte unter www.jusosachsen.de/dornroeschen an.
Für Rückfragen wendet euch bitte an Salome Adam (salome.adam@jusos-sachsen.de)

Termine
31. August Auftakttreffen in Dresden
29. September bis 2. Oktober in Leipzig
21. bis 23. Oktober in Dresden
18. bis 20. November in Leipzig

Feststehende Inhalte:

- Gestaltung von Kommunikationsprozessen in Gruppen: Moderation, Präsentation
- Rhetoriktraining für Frauen
- Fundraising für Jusoprojekte
- Instrumente des Projektmanagement
- Politische Strategien: Doppelstrategie, Bündnisarbeit und Zusammenarbeit mit der Partei

Wahlbausteine:
(bei der Anmeldung angeben)

- Themen, die bei den Jusos zu kurz kommen, die wir stärken wollen
- Themen, die die Teilnehmerinnen nur unter Frauen behandeln wollen
- Praktisches wie z.B. Flyer-Layout, Homepage und Web 2.0 Nützlich...
- Sensibilisierung Sexismus: Definition und Umgang
- Politische Strukturen und Frauen darin: z.B. Frauen in der Kommunalpolitik

 **jusos sachsen**

Termine
31. August Auftakttreffen in Dresden
29. September bis 2. Oktober in Leipzig
21. bis 23. Oktober in Dresden
18. bis 20. November in Leipzig



Wie lässt sich Engagement spannender gestalten?

Wie bringst du die Themen, die dich interessieren, so rüber, dass andere gerne mitmachen wollen?

Das kannst du lernen:

Hier besteht die Möglichkeit, kostenfrei Qualifizierungsseminare zu besuchen, die sonst sehr viel Geld kosten. Aber nicht nur das. Die Seminare ermöglichen dir Soft-Skills und Methoden zu erlernen, die dir auch über die Juso-Arbeit hinaus im Beruf, an der Uni und im Privaten weiterhelfen werden.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Vollverpflegung, Übernachtungen und Kinderbetreuung sind inklusive.

Es werden Trainings in Rhetorik, Moderation, Präsentationsmethodik, Projektmanagement und Fundraising angeboten - aber auch politische Themen, Organisationsentwicklung und Umgang mit Sexismus können mit auf dem Programm stehen. Dies wird noch mit den Teilnehmerinnen gemeinsam ausgestaltet. Auf dem Anmeldeformular (gibt's ab Mitte Juni) auf der Homepage und beim Auftakttreffen am 31. August 2011.

Meldet euch bitte unter www.jusosachsen.de/dornröschen an.

Für Rückfragen wendet euch bitte an Salome Adam
(salome.adam@jusos-sachsen.de)



jusos sachsen

Feststehende Inhalte:

- Gestaltung von Kommunikationsprozessen in Gruppen: Moderation, Präsentation
- Rhetoriktraining für Frauen
- Fundraising für Jusoprojekte
- Instrumente des Projektmanagement
- Politische Strategien: Doppelstrategie, Bündnisarbeit und Zusammenarbeit mit der Partei

Wahlbausteine:

(bei der Anmeldung angeben)

- Themen, die bei den Jusos zu kurz kommen, die wir stärken wollen
- Themen, die die Teilnehmerinnen nur unter Frauen behandeln wollen
- Praktisches wie z.B. Flyer-Layout, Homepage und Web 2.0 Nutzen...
- Sensibilisierung Sexismus: Definition und Umgang
- Politische Strukturen und Frauen darin: z.B. Frauen in der Kommunalpolitik



LAK WiSo

von *Caroline Hühn*

Der Landesarbeitskreis Wirtschaft und Soziales hat sich auf seiner Juni-Sitzung erneut mit den Themen Pflege und Gesundheit auseinandergesetzt. Marlies Volkmer, die stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD Bundestagsfraktion war zu Gast und stellte uns



zunächst das neue Konzept der Partei zum Thema Bürger_innenversicherung vor.

Danach konnten wir mit ihr unsere Ideen zu einer Veränderung der Pflegeversicherung austauschen und mit den Standpunkten der Partei vergleichen. Erörtert wurde auch die Frage in welchen Situationen die stationäre der ambulanten Pflege vorzuziehen ist und andersherum. Auch die Möglichkeiten, hier fließende Übergänge zu schaffen wurden besprochen.

Bevor wir auf dem LAK Wochenende im August unsere Positionen vervollständigen und in einen Antrag münden lassen, wollen wir uns noch mit der Landesebene abstimmen.

Deshalb treffen wir uns am 21. Juli um 10:30 im Landtag mit Dagmar Neukirch, MdL.

Sie wird uns mehr über Initiativen berichten, die von der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag ausgehen und uns noch Hinweise und Anregungen für unseren Antrag geben.

Ihr seid herzlich eingeladen, an dem Treffen teilzunehmen, den genauen Ort teilen wir euch noch über den Verteiler mit.

Leser_innen-Briefe

„Eine unsägliche Kampagne gegen zivilgesellschaftliches Engagement“

von *Stefan Brauneis*

Vier Monate nach der erfolgreichen Verhinderung des Neonazigrößaufmarschs am 19. Februar in Dresden hat sich eine hitzige öffentliche Debatte zum staatlichen Umgang mit den Blockaden entsponnen. Stefan Brauneis, Sprecher des Landesarbeitskreises Antirassismus, sprach darüber mit Kristin Pietrzyk, Anwältin des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“



Stefan Brauneis: Seit einem Bericht der taz (tageszeitung) am 20. Juni kommen immer neue Fakten zu den umfangreichen Datensammlungen der sächsischen Ermittlungsbehörden ans Licht. Kannst du uns auf den aktuellen Stand bringen?

Kristin Pietrzyk: Nach unserem jetzigen Kenntnisstand hat es mehrfach die sogenannten Funkzellenabfragen (FZA) gegeben. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat auf Anregung der SoKo 19/02 am 22. Februar eine erste Funkzellenabfrage beantragt und diese vom Amtsgericht Dresden genehmigt bekommen. Die Polizeidirektion Dresden kann so für den Nachmittag des 19. Februar nachvollziehen, wer, wann, wo und mit wem telefoniert oder SMS geschrieben hat. Dabei wurden zunächst 138.000 Verbindungsdaten erhoben.

Du sprachst von mehreren Funkzellenabfragen?

Ja. Wie Ende letzter Woche bekannt wurde, wurden ebenfalls für den Zeitraum des 18. und 19. Februar sieben Funkzellen bei den Netzanbietern abgefragt. So ist man nochmal an knapp 900.000 Verbindungsdaten gelangt. Auch diese Daten wurden der SoKo 19/02 zur Verfügung gestellt. Diese hat damit nun über eine Millionen Datensätze im Computer. De facto ist davon auszugehen, dass anlässlich des Demonstrationsgeschehens in der Stadt der gesamte Handyverkehr in allen relevanten Stadtteilen Dresdens ausgewertet wurde.

Was ist mit den Daten passiert?

Die PD Dresden hat die Daten mittels ihres Computersystems ausgewertet und anschließend in mehreren hundert Fällen die Anschlussinhaber zu den gespeicherten Telefonnummern ermittelt. Dies kommt einer Rasterfahndung per Telefon gleich. Außerdem tauchen die gespeicherten Verbindungsdaten in Verfahren gegen Blockierer auf, denen keinerlei Gewalttaten, sondern lediglich das Blockieren der Naziroute an sich vorgeworfen wird. Die Daten sind nach wie vor gespeichert und kein Mensch weiß, wo sie in Zukunft noch auftauchen werden.

Selbst die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung konnte es sich nicht verkneifen, einen bissigen Kommentar mit dem Titel „Teheran, Damaskus, Minsk – Dresden“ zu überschreiben. Dennoch kommt der am Freitag vorgelegte Bericht von Innen- und Justizministerium zu dem Schluss, das Vorgehen der PD Dresden liege „im rechtlichen Rahmen“. Ist das so?

Dieser Ansicht kann ich keinesfalls zustimmen!



Funkzellenauswertungen sind nur bei „erheblichen Straftaten“ zulässig. Und auch dann nur, wenn kein anderes geeignetes Mittel zur Verfügung steht, Tatverdächtige zu ermitteln. Bei 6.400 Polizeibeamten in der Stadt, unzähligen Polizeikameras auf den Straßen und der Luftüberwachung der Südvorstadt mittels Helikopter und Drohneneinsatz ist dies, gelinde gesagt, eine verwegene These. Das die PD Dresden bereits am 22. Februar alle anderen zur Verfügung stehenden Materialien ausgewertet haben soll, bezweifle ich. Zudem muss bei Funkzellenabfragen, wie bei allen anderen polizeilichen Maßnahmen auch, der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gewahrt werden. Angesichts von einer Million erhobenen Datensätzen fällt es schwer zu glauben, dass dies umfassend beachtet worden ist. Zu guter Letzt ist die Erfassung aller Demonstrationsteilnehmer mit Mobiltelefon auch ein schwerwiegender Eingriff in die Versammlungsfreiheit. Auch die Ermittlungen wegen Schweren Landfriedensbruch, welche offiziell als Begründung für die Überwachungsmaßnahmen dienen, werden dies nicht rechtfertigen können.

Wenn die Abfragen so offensichtlich gesetzeswidrig sind, wie du behauptest, wie kann es dann sein, dass ein Ermittlungsrichter das Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft billigt?

Das ist wohl dem politischen Klima in Sachsen geschuldet. Die Panikmache der Staatsregierung, die Warnungen vor Linksextremisten und bürgerkriegsähnlichen Zuständen haben erst ein politisches Klima geschaffen, in dem ein rechtsstaatlich fragliches Agieren der Ermittlungsbehörden möglich geworden ist. Erst hat man im Namen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie das couragierte Handeln tausender Bürger verteufelt und jetzt werden Gesetzlichkeiten mehr als überdehnt, wo immer es der eigenen Position nutzt. Hier noch von einer „gewissen Komik“ zu sprechen, scheint mir gerade angesichts der lapidaren Reaktion auf die öffentlichen Vorwürfe mehr als unangemessen.

Wie wird das Bündnis „Dresden Nazifrei“ weiter mit der Situation umgehen?

Wir fordern alle Anwohner und Demonstranten, welche sich am 19. Februar in der Südvorstadt aufgehalten haben dazu auf, bei Polizei und Staatsanwaltschaft abzufragen, ob sie Betroffene der Überwachungsmaßnahmen sind. Die entsprechenden Formulare kann man unter www.dresden-nazifrei.com herunterladen. Anschließend werden wir gerichtlich gegen die Datensammelwut der Dresdner Polizei vorgehen. Wir gehen durch alle Instanzen, notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht. Auch Journalisten, Anwälte und Mandatsträger werden mit uns gemeinsam klagen.



Schließlich ist deren Kommunikation besonders sensibel und deshalb auch rechtlich besonders geschützt. Zum Zeitpunkt der Datenabfrage war jedoch bereits klar, dass viele Personen aus diesen Gruppen von den Maßnahmen betroffen sein würden. Dies hat man sehenden Auges in Kauf genommen. Neben die juristische Aufarbeitung muss aber auch eine politische Debatte um den Umgang mit den Protesten treten.

Bereits am 19. Februar kamen Pepperballsysteme zum Einsatz und das Pressebüro von „Dresden Nazifrei“ wurde gestürmt. Mit was muss sich das Bündnis noch auseinandersetzen?

Das Vorgehen der Polizei am 19.2. erinnerte an vielen Stellen an politische Hilflosigkeit. Von Deeskalation war oftmals keine Spur zu erkennen. Im Nachgang der Ereignisse hat die SoKo 19/02 Busunternehmen angeschrieben, welche Demonstranten nach Dresden gebracht haben. Abgefragt wurden unter anderem Fahrtrouten, Pausen, Zahlungsmodalitäten, Treffen mit anderen Bussen und die Personalien der anmietenden Personen. Auch liegen gebliebene Personalausweise und andere persönliche Gegenstände sollten an die SoKo geschickt werden. Diese hat den Busunternehmen eine Antwortfrist gesetzt um den Eindruck zu erwecken, eine Antwort sei verpflichtend. Die Busunternehmen sind aber weder als Zeugen, noch als Beschuldigte angeschrieben wurden. Eine Antwort kann daher nicht erzwungen werden. Die Polizei versucht das Gegenteil zu vermitteln. Ähnliche Schreiben gingen an Demosantäter und zivilgesellschaftliche Demobeobachter. Weiterhin wurden bis jetzt 46 Verfahren wegen der Sprengung einer angemeldeten, nicht verbotenen Versammlung nach § 21 VersG eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft versucht gerade, sich Schuldeingeständnisse zu erkaufen, indem sie anbietet, die Ermittlungen gegen Zahlung fallen zu lassen. Dazu kommen die laufenden Verfahren gegen führende Politiker der Linkspartei aus 2010, die sicher zu gegebener Zeit wieder die Öffentlichkeit beschäftigen werden. Justizminister Martens erwähnte im Zusammenhang mit der zweiten, größeren Datenabfrage Ermittlungen wegen „Bildung einer Kriminellen Vereinigung“ nach §129 StGB. Zu Inhalt und Gegenstand der Ermittlungen schweigt man sich aber aus.

Du sagtest eher, dass eine juristische Aufarbeitung allein nicht ausreicht. Was muss aus deiner Sicht politisch geschehen?

Die Staatsregierung betreibt eine unsägliche Kampagne gegen zivilgesellschaftliches Engagement. Damit werden Ängste geschürt. Im Nachhinein



die Protestierenden durch immer neue Vorwürfe und Ermittlungen einzuschüchtern. Die Eskalation am 19.2. erscheint so weniger als Zufall, denn als Teil einer Delegitimationsstrategie gegen die Proteste. Gerade heute hat Innenminister Ulbig geäußert, er könne „nicht ausschließen, dass andere Behörden eine Echtzeitüberwachung durchgeführt haben“. Es besteht also zu befürchten, dass LKA oder Verfassungsschutz weitere Überwachungsmaßnahmen durchgeführt haben. Die Ereignisse in Dresden werden damit immer mehr zu einem Symbol für einen Überwachungsstaat, der völlig entgrenzt und abgekoppelt von öffentlicher und demokratischer Kontrolle ist. Das kann nicht einfach unter den Tisch fallen, sondern muss politisch aufgearbeitet werden. Dazu gehört zunächst die Aufklärung aller durchgeführten Überwachungsmaßnahmen. Außerdem muss politisch dafür gesorgt werden, dass die Grundrechte von Protestierenden in Zukunft gewahrt werden und sich auch Polizei und Staatsanwaltschaft an die Gesetzeslage halten.

Eine gesellschaftliche Debatte um Zivilen Ungehorsam und die Rechte von Protestierenden muss über Dresden hinaus geführt werden. Auch bei „Stuttgart 21“ oder „Castor? Schottern!“ erleben wir ein härteres obrigkeitsstaatliches Vorgehen gegen die Proteste. Dies ist Ausfluss eines autoritären Staatsverständnisses. Wer eine demokratischere oder gar emanzipatorischere Gesellschaft will, kann sich dieser Thematik nicht entziehen!

Bis zur Inklusion - ein weiter Weg?!

Eine Bestandsaufnahme

von Henriette Winkler

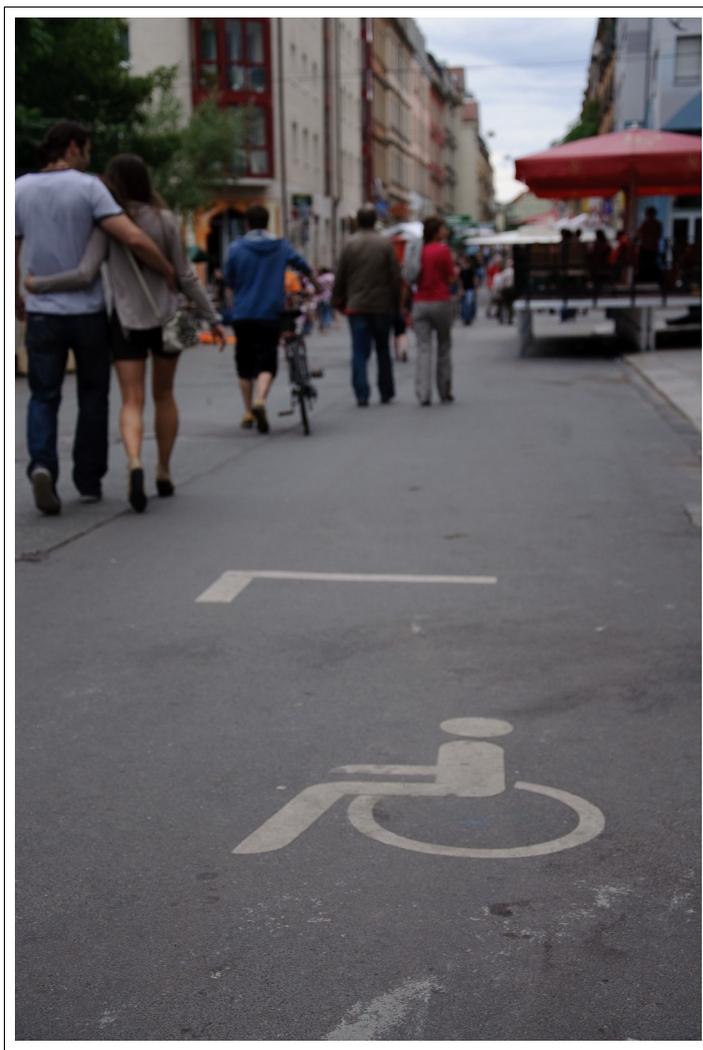
Kommt man einmal in die Situation vorübergehend auf sogenannte Unterarmgehstützen angewiesen zu sein, beispielsweise nach einem Knochenbruch oder einer ähnlichen Erkrankung, dann bekommt man im vollen Umfang den jetzigen Umgang der "normalen" Menschen mit den Menschen zu spüren, die eben nicht dieser Norm genügen.





Schon die ersten Schritte mit den Stützen, wenn man sie nicht gewohnt ist, fallen schwer- man ist wackelig auf den Beinen, kann sich nicht leicht im Gleichgewicht halten. Der Weg aus dem Gipsraum - natürlich eine kleine Herausforderung. Der Weg aus dem Krankenhaus - die Tür geht natürlich nicht automatisch auf, man ist auf Hilfe angewiesen.

Danach muss man irgendwie zum Taxi kommen und hat sogar die Auswahl zwischen Treppe und Rampe, die Treppe ist abgeflacht, die Rampe gefühlt sehr weit weg. Beim Taxi angekommen, fällt einem auf, dass es ein kleiner Transporter mit hoher Stufe ist. Ohne den Gips zu belasten (Bedingung) ist ein Erreichen dieser Unmöglich. Vorm Geldautomaten auf dem Krankenhausgelände sind 3 hohe Stufen angebracht. Man ist kurz vorm Verzweifeln.



Die weitere Fahrt nach Hause gelingt problemlos. Genauso wie das Bewegen in der Wohnung selbst. Natürlich ohne zu erwähnen zu vergessen, dass bspw. die Duschwanne in der eigenen Wohnung zu hoch ist, um diese ohne Hilfe zu erreichen....

Wie Ihr seht, beginnt Inklusion im Kopf. Bei jedem.

BRN - Barrierefrei?

von Hannah Gilles und Olaf Walther

Ein kleiner Fotoeinblick von der BRN 2011:



Abgesenkte Bordsteine. **"RICHTIG!"**



Aber zugestellt. **"FALSCH!"**



Barrierereduzierte Hauseingänge. **"RICHTIG!"**



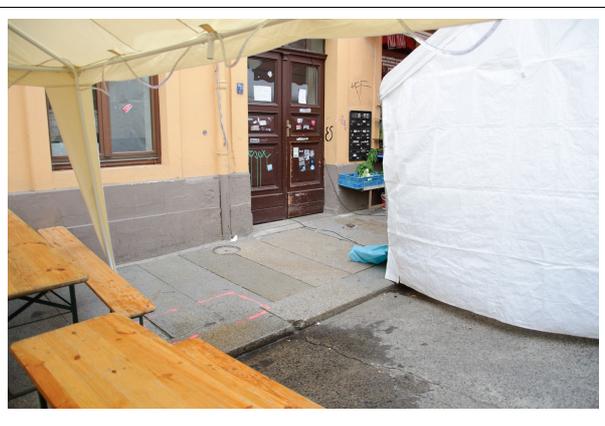
Aber unerreichbar? **"FALSCH!"**



Barrierereduzierte Hauseingänge vor abgesenkten Bordsteinen. **"RICHTIG!"**



Zugestellte barrierereduzierte Hauseingänge vor zugestellten abgesenkten Bordsteinen. **"FALSCH!"**



"Behinderten"-Toilette (benutzbar für alle).
(Bild ist NICHT von der BRN)

"RICHTIG!"



Toiletten sind nicht behindertengerecht und nur mit Stufen erreichbar.

"FALSCH!"



Fazit: Es ist klar, dass es im BRN-Getummel schwer ist, als Rollstuhlfahrer oder mit einer anderen Behinderung voran zu kommen. Aber man sollte nicht noch zusätzlich von Außen behindert werden. Ein barrierefreies Stadtfest ist ein hoher Anspruch - nicht sofort umsetzbar. Aber behinderte Menschen sollten doch wenigstens auch an diesem Wochenende ihr Haus verlassen und betreten/-rollen können!

Aktionsaufruf

Sommer, Sonne, CSD

von Sebastian Storz



Der Sommer steht in den Startlöchern und gleichzeitig beginnt die bunte Jahreszeit. In alle großen Städten zeigen die Homosexuellen und Transsexuellen



wieder Regenbogenflagge. Flagge für Gleichberechtigung und gegen Homo- und Transphobie.

Vieles wurde bisher erreicht, doch noch lange nicht genug! Gerade in Sachsen, wo es auch dieses Jahr wieder 2 Christopher Street Days geben wird, gibt es erheblichen Nachholbedarf. Was es nachzuholen gilt zeigen die **DresdnerInnen am 2. Juli** unter dem Motto „Sport ist ... auch schwul und lesbisch!“, medizinischer wird es am **9. Juli in Leipzig**, wo gemeinsam unter dem Banner „Homophobie ist heilbar“ gelaufen wird. Dabei ist die Regenbogenparade nur der Höhepunkt einer Woche, die in beiden Städten im Zeichen der der queeren Agenda steht.

Was gibt es denn aber noch zu fordern? Homosexuelle werden doch nicht mehr verfolgt und Homosexualität ist auch keine Krankheit mehr? Freie Entfaltung der eigenen Sexualität ist noch lange nicht erreicht. An jeder Ecke begegnet man noch Vorurteilen und gerade im Sportbereich ist ein Outing mehr als verpönt. Schwule Handballer? Fehlanzeige! Verlässt man/frau den „Männersport“ merkt man/frau recht fix, dass im Fußball, Tennis, ... die Möglichkeiten, zum Ausleben seiner sexuellen Orientierungen, auch im Leistungssport nicht gegeben sind.

Aber auch bei der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften sieht es düster aus und das ist ein sächsisches Problem.

Sachsen ist das mit Abstand letzte Bundesland, was homosexuellen Partnerschaften, die gleichen Rechte verwehrt, die Eheleute besitzen. Das Adoptionsrecht sei dabei benannt oder das BeamInnenrecht. Wir sind bei Rechtsfragen noch lange nicht bei Detailfragen angelangt, um zu sagen, dass wir pingelig sind. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich - schön wär's und deswegen brauchen wir nach wie vor den CSD!

Ein Kritikpunkt bleibt dennoch im Raum stehen. Der CSD gehört nicht zu aller erst in die Städte, er gehört in die Dörfer Sachsens. Denn gerade da haben es Homosexuelle und Transsexuelle schwer sich zu outen. Braune Strukturen ermöglichen kein buntes Leben. In den Dörfern fehlen Beratungsstellen oder gemeinsame Treffpunkte. Der CSD steht für Solidarität und die sollte nicht an unseren Stadtgrenzen enden.

Kommt mit! Am 2. Juli in Dresden. Ab 8 Uhr sind Marc und ich auf dem Bischofsweg, um den Wagen zu schmücken. Wer helfen will sollte auch kommen! Ab 12 Uhr darf dann gefeiert werden, da die Parade startet. Wir ziehen dann gemeinsam bis zum Theaterplatz und lassen da auch noch die Sau raus.



Aktionsbericht

Schule + Sanierung = Bildung² - Was muss passieren, damit Schüler_innen auf die Straße gehen?

von Andreas Tietze

Was tun, wenn die Stadt pennt und die für sicher befundener Schulgebäude langsam aber sicher zusammenbrechen? – Wir gehen auf die Straße!



Dresden, die Hauptstadt des sächsischen Pisa-Erfolgs und die Hauptstadt der tollsten Schulgebäude in der ganzen Republik. Nun, ein toller Traum! Denn die Realität sieht definitiv anders aus!

Bericht aus dem Stadtschülerrat Dresden

Das Gymnasium Dresden Cotta dient als Paradebeispiel für die jahrelange Schulpolitik in Dresden. Sanierung?, Nein!, Ausbesserungen? Nun, ja, aber nur wenn es unbedingt sein muss. 650 Millionen Euro Sanierungsstau. Das sollte man sich mal auf der Zunge zergehen

lassen. Eine enorme Summe, welche sich in undichten Dächern, gesperrten Sanitäranlagen, Schulschließungen oder in Sicherheitsnetzen als Schutz vor herunterfallenden Lichtröhren in der Realität wortwörtlich niederschlug.

Deswegen rief der Stadtschülerrat Dresden am letzten Donnerstag zur Demonstration auf. Ca. 300 Teilnehmende folgten dem Aufruf und nahmen an jeweils zwei Kundgebungen und Aufzügen teil. Vom Neumarkt ging es über die Carolabrücke vor das Finanzministerium, wovor die Teilnehmer_innen symbolisch Geldscheine in Flammen aufgehen ließen. Nebenbei, wenn Ihr also am Donnerstag von 16h00 bis ca 17h00 im Stau standet, dann grämt Euch nicht, es war für einen guten Zweck! =)



„Wer am lautesten ist, bekommt das ganze Geld!“*

Bildungspolitik in der sächsischen Landeshauptstadt

Die Stadt Dresden ist die erste schuldenfreie Großstadt in Deutschland. Mit einem Schlag war man mit dem Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft alle Verbindlichkeiten los. Heute "erstrahlt" Dresden in Glanz und Gloria. Die Innenstadtbebauung wird stetig und mit großem Eifer instand gesetzt. Dynamo Dresden erhält umfangreiche finanzielle Zuschüsse, ein neuer Plenarsaal im Rathaus wird hergerichtet und der Bau der Waldschlösschenbrücke wird umgesetzt.

Nun müssten die Dresdner der wohl zufriedenste Teil der Erdenbevölkerung sein. Blühende Innenstadt, tolle Straßen und Brücken, ein zweitklassiger Fußballverein. Nur, warum sind sie es nicht?

Weil es Probleme gibt! – ein 650 Millionen Euro großes Problem. Eins, welches so vorherrschend ist, dass die Schülerschaft es sich nicht mehr gefallen lassen kann.

Marode Turnhallen, veraltete Lehr- und Lernmittel, Schimmelbefall in Klassenräumen und fehlende Unterrichtsmaterialien, kurz ein unhaltbarer Zustand an vielen Schulen in Dresden!

Seit Jahren versprechen die Verantwortlichen der Stadt Besserung. Allen voran Frau OBM Orosz und die beiden Bürgermeister Lehmann und Vorjohann. Bis auf, dass man 40 Millionen Euro in 10 Jahren in Sanierungen investieren will, ist nichts passiert. Ein Tropfen auf einem kochendheißen Stein. Eine Farce, wenn man bedenkt, dass man bei Mitteln für Reinigung und Instandhaltung weiter gekürzt hat und Schülerinnen und Schüler in Containern unterrichtet. Welche hohe Priorität müssen die Schülerinnen und Lehrkräfte in Dresden wohl genießen. Wie muss es um Ihre Herzlichkeit stehen, wenn Ihnen die Sanierung von Schulen am Herzen liegt.

Kennen Sie meine Schule? – Da würde auch ich lieber Mitarbeiter der Stadtverwaltung sein!

Man macht Einiges gut, nur von dem Guten zu wenig und von dem Schlechten zu viel! Wir protestieren gemeinsam und fordern, dass man endlich an dieser Situation endlich etwas ändert!

*Das Zitat in der Überschrift stammt übrigens von Hartmut Vorjohann, Finanzbürgermeister der Stadt Dresden. – Gern kommen wir seinem Aufruf nach!

Über den Theaterplatz und der Wilsdruffer Straße erreichten die Teilnehmenden den Altmarkt und somit die Abschlusskundgebung.

Auf der Abschlusskundgebung sprachen unter anderem drei Schülervertreter_innen und im Anschluss daran gelang es uns den zuständigen Bürgermeister für Schulsanierungen, Lehmann, aus der Stadtratssitzung herauszuholen.



Kurz zuvor wurde ein Investitionspaket im Bildungssektor von jährlich 70 Millionen Euro beschlossen.

Der Vorstand des Stadtschülerrates wertet derzeit die Ergebnisse der Demonstration und der Beschlüsse aus. Unserem Forderungskatalog www.besserebildungindresden.wordpress.com ist zumindest in einigen Punkten entsprochen worden.

**Lieber Stadtrat,
so geht nachhaltige Bildungspolitik in Dresden:**

- ➔ Investieren Sie mindestens 65 Millionen Euro pro Jahr in die Sanierung von Schulen und Turnhallen und bauen Sie so den Sanierungstau von 650 Millionen Euro an Dresdner Schulen bis 2015 ab!
- ➔ Nehmen Sie die jüngsten Kürzungen im Bildungsbereich (Bücher, Reinigung) zurück!
- ➔ Sanieren Sie die dringendsten Fälle (z. B.: Gymnasium Cotta, 6. Grundschule) und stellen Sie sicher, dass der Schulunterricht im gesamten Schulgebäude gefahrlos möglich ist!
- ➔ Beteiligen Sie die Elternvertretungen, die Rektoren gleichermaßen und die Schülerschaft an der Erstellung der Schulnetzplanung der Stadt Dresden!
- ➔ Erstellen Sie die Schulnetzplanung nachhaltiger und stadtteilspezifisch! Derzeit wird die Schulnetzplanung für die gesamte Stadt erstellt. Das statistische Zahlenmaterial bildet die Entwicklungen in den einzelnen Stadtteilen ungenau ab.
- ➔ Veröffentlichen Sie den Finanzhaushalt transparenter, so dass jede Bürgerin und jeder Bürger gleichermaßen Einblick in die Verteilung der Finanzen der Stadt gewinnen kann!

Die Beschlüsse zur verstärkten Investition in die Dresdner Schulinfrastruktur sind nicht zuletzt durch den Druckaufbau von

- ➔ Verhindern Sie, dass die Prof.-Dr.-Zeignerschule ihren derzeitigen Standort an der Melanchtonstraße verlassen muss!
- ➔ Vermeiden Sie ständige Schulstandortwechsel und setzen Sie auf beständige Standortpolitik!
- ➔ Geben Sie den Schülerinnen und Schülern mehr Mitspracherecht und einen vollwertigen Sitz mit Abstimmungsrecht im Jugendhilfeausschuss der Stadt!
- ➔ Stellen Sie sicher, dass kommende geburtenstarke Jahrgänge in regulären Gebäuden unterrichtet werden! Die Schulen Dresdens sind schon jetzt überlastet. Container sind bisher die Lösung, das kann so nicht bleiben!

Eltern und Schülern gleichermaßen umgesetzt worden. Frei nach dem Finanzbürgermeister der Stadt: „Wer am

lautesten schreit, bekommt das meiste Geld!“ sind wir seiner Bitte nachgekommen und haben in einer bunten, lauten und unübersehbaren Demonstration für die Interessen und Belange der Dresdner Schülerschaft gestritten und erste Erfolge erreicht!

Sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte Bürgermeister, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Orosz,

die oben benannten Forderungen sind umsetzbar! Nutzen Sie das vorhandene inhaltliche Potential und beginnen Sie mit einer gerechten, gleich- und hochwertigen Bildungspolitik in Dresden.

Wirtschafts- und Finanzkrisen sind auch an uns nicht unbedacht vorüber gezogen, dennoch sind wir nicht bereit, die Verantwortung und die damit verbundene Last zu tragen.

Wir sind Schülerinnen und Schüler, Jugendliche der Stadt und haben ein Recht auf Bildung und ein Recht auf Mitbestimmung und Partizipation! Nehmen Sie uns wahr und setzen Sie unsere Forderungen und Hinweise um. Schulbildung war Ihnen in Wahlkampfzeiten eine „Herzensangelegenheit“. Dann zeigen Sie auch, dass das der Realität entspricht!

Die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt Dresden!



Die Demonstration in Dresden hat sicher ein Umdenken der städtischen Bildungspolitik bewirkt. Das reicht aber noch lange nicht. Wenn man in Dresden investiert, heißt das nicht, dass man es in Leipzig, Chemnitz oder Bautzen tut und dass der Freistaat seine Einsparungen wieder zurücknimmt. Daran krankt es noch immer und daran werden wir gern was ändern!

In diesem Sinne, beste Grüße aus dem Stadtschülerrat Dresden

Termine

02. Juli 2011, 11-16 Uhr CSD-Parade, Albertplatz bis Theaterplatz

06. Juli 2011, 19 Uhr Gründungstreffen AK Netzpolitik, Herbert-Wehner-Bildungswerk
(Kamenzer Str. 12)

09. Juli 2011, 11-16 Uhr Young Action Factory - Ausbildung, Herber-Wehner-Saal
(Könneritzstr. 3)

19. Juli, JHG-Grillen

21. Juli 2011, 19 Uhr Mitgliederversammlung, Genossenschaft (Prießnitzstr. 20)

05.-07. August Landesarbeitskreis-Wochenende in Niederau

Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Newsletter an sich und auch sein Layout befinden sich in einem dynamischen Prozess der Neu-, Um- und Verstrukturierung. Wenn ihr Anmerkungen, Kritik, LeserInnenbriefe, Verbesserungsvorschläge oder andere Sachen habt, die ihr loswerden möchtet, so richtet diese bitte an uns unter hannah-bildung@gmx.de oder vincentdrews@googlemail.com oder ruft an unter 015778958133 oder 016093721104! Auch eure Mitarbeit in der Redaktion des Newsletters ist gern gesehen!



Mit jungsozialistischen Grüßen, Hannah und Vincent

**Redaktionsschluss
nächster Newsletter:
29. Juli 2011**

